

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

13.11.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung
am Dienstag, 13. November 2018 im Senatssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 22.41 Uhr

Anwesenheit

Mitglieder

Herr Dr. Ullrich Bittner

Herr Rudi Duschek

Herr Frank Embach

Herr Gerd-Martin Rappen

Herr Heino Förste

Herr Bert Krames

Herr Jörg König

Herr Christian Kruse

Herr Thomas Lange

Herr Jürgen Liedtke

Herr Peter Madjarov

Frau Carola Rex

Herr Christian Radicke

Frau Yvonne Görs

Frau Dr. Monique Wölk

entschuldigt

in Vertretung für Herrn Axel Hochschild

in Vertretung für Herrn Dr. Jörn Kasbohm

in Vertretung für Herrn Rene Kliewe

bis einschl. Top 7.14 anwesend

entschuldigt

bis einschl. Top 7.10 anwesend

in Vertretung für Herrn Michael Steiger

ab 19.15 Uhr anwesend

Mitarbeiter der Verwaltung

Herr Michael Busch

Herr Thilo Kaiser

Herr Winfried Kremer

Frau Beate Schinkel

Herr Steffen Winckler

Frau Jeanette von Busse

Frau Katharina Metzker

Frau Carola Felkl

Herr Sebastian Sack

Gäste

Frau Anne Ziebarth

Herr Münzenberg

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschriften
 - 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 28.08.2018
 - 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 25.09.2018
4. Informationen zur Fortschreibung des Greifswalder Einzelhandelskonzeptes
gemeinsamer TOP mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur im Bürgerschaftssaal
5. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
6. Beschlusskontrolle
 - 6.1. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft
Dez. II, Amt 23
 - 6.2. Prüfauftrag zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 7.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020
Dez. I, Amt 20
 - 7.2. Beschluss zur Errichtung eines „Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich“ aus Grundschule, Regionaler Schule, Sporthalle und Hort
Dez. I, Amt 41
 - 7.3. Mittelbewilligung Sanierungsprogramme 2018
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
 - 7.4. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2019
Prioritätenliste
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
 - 7.5. Satzung über die Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 32
 - 7.6. Gemeindliches Einvernehmen zur Bauvoranfrage – Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Büro, Ernst-Thälmann-Ring 1
Dez. II, Amt 60
 - 7.7. Gemeindliches Einvernehmen zu den Bauanträgen – Neubau von zwei 5-geschossigen Wohngebäuden an der Karl-Krull-Straße (Haus 1 und 2)
Dez. II, Amt 60
 - 7.8. Hausboote auf dem Ryck, Prüfergebnis zum Bürgerschaftsbeschluss B680-25/18 vom 22.02.2018
Dez. II, Amt 60

- 7.9. Ergebnis zum Bürgerschaftsbeschluss B623-22/17 vom 05.10.2017 „Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems“
Dez. II, Amt 60
- 7.10. Modellbaukommune Greifswald
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 7.11. Naturwanderweg Dänische Wiek
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 7.12. Festsetzung des Pachtzins für Kleingartenanlagen
CDU-Fraktion
- 7.13. Kein Anschlusszwang für Kleingärtner an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung
CDU-Fraktion
- 7.14. Rauchverbot auf Kinderspielplätzen
SPD-Fraktion
- 8. Informationen der Verwaltung
- 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 10. Informationen der Ausschussvorsitzenden
- 11. Sitzungsende

TOP 1. Sitzungseröffnung

Herr Jürgen Liedtke eröffnet in Vertretung für Frau Dr. Wölk um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen sowie bei 13 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Ausschussvorsitzende lässt sich aufgrund eines beruflichen Termins entschuldigen. Sie kommt etwa 1 Stunde später zur Sitzung hinzu.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Kruse und Herr Liedtke regen eine Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung mit dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sowie mit dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft bezüglich des TOP 7.2 (Errichtung eines „Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich“) an.

Herr König drängt auf Terminvorschläge.

Herr Liedtke favorisiert einen Termin noch vor dem 17.12.

Frau Görs hält eine Vertagung des Top 7.2 für nicht zwingend notwendig und schwer umsetzbar. Sie befürwortet die Belassung des Tagesordnungspunktes.

Herr Madjarov befürwortet eine Sondersitzung, sieht aber vor dem Hintergrund des zu beschließenden Haushaltes ein Zeitproblem und möchte in der aktuellen Sitzung diesen

Tageordnungspunkt beraten.

Herr Liedtke stellt den Antrag, TOP 7.2 von der Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmung:

4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Antrag wird abgelehnt. TOP 7.2. bleibt auf der Tagesordnung.

Herr Liedtke schlägt weiterhin vor, TOP 7.10. von der Tagesordnung zu nehmen und noch einmal in den Gremienlauf zu bringen.

Herr Bittner und Herr Lange sprechen sich für eine Belassung des Tagesordnungspunktes aus.

Herr König befürwortet eine Diskussion zu dem Thema in der aktuellen Sitzung.

Es gibt keine Abstimmung über den Vorschlag. TOP 7.10. bleibt auf der Tagesordnung.

Zur Ausschusssitzung liegen zwei Tischvorlagen sowie ein Änderungsantrag zu Top 7.13. vor. Die Dringlichkeit der Tischvorlagen wird erläutert. Herr Liedtke schlägt vor, die Tischvorlagen und den Änderungsantrag auf die Tagesordnung zu setzen:
Die Tischvorlage 06/1672 soll als TOP 7.15. auf die Tagesordnung gesetzt werden.
Die Tischvorlage 06/1659 soll als TOP 7.16. auf die Tagesordnung gesetzt werden.
Der Änderungsantrag 06/1673 zu TOP 7.13. soll auf die Tagesordnung gesetzt und unter Top 7.13. beraten und abgestimmt werden.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird inklusive der Tischvorlagen und des Änderungsantrages einstimmig angenommen.

TOP 3. Bestätigung der Niederschriften

TOP 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 28.08.2018

Abstimmung:

10 Ja-Stimmen, 0 nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Die Niederschrift vom 28.08.2018 wird bestätigt.

TOP 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 25.09.2018

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Niederschrift vom 25.09.2018 wird bestätigt.

TOP 4. Informationen zur Fortschreibung des Greifswalder Einzelhandelskonzeptes

gemeinsamer TOP mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur im Bürgerschaftssaal

Die Ausschussmitglieder diskutieren zunächst über die Zusammenlegung von Top 4. und Top 7.1.

Sie sprechen sich dafür aus, die Informationen zur Fortschreibung des Greifswalder Einzelhandelskonzeptes gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur anzuhören und die ggf. anschließende Diskussion separat in der Sitzung des Bauausschusses zu führen.

18.15 Uhr Unterbrechung und Wechsel in den Bürgerschaftssaal.

TOP 4:

im Bürgerschaftssaal

Herr Liedtke bittet eingangs um das Einverständnis der Anwesenden, dass Frau Ziebarth für die OZ eine digitale Aufzeichnung der Sitzung vornimmt. Nach einvernehmlicher Zustimmung begrüßt Herr Leithold, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur die Mitglieder des Bauausschusses.

Herr Wilde führt in die Thematik ein und hebt die Notwendigkeit der Zusammenlegung der beiden Ausschüsse für die Vorstellung der Einzelhandelskonzeption bezüglich der Fortschreibung hervor. Er erläutert, dass es um die exklusive Vorstellung der Analyse- und Konzeptionsergebnisse so wie sie im Rahmen der eigens für die Fortschreibung der Einzelhandelskonzeption gebildeten Lenkungsgruppe diskutiert wurden. Die Mitglieder der Lenkungsgruppe setzen sich aus dem Einzelhandelsverband Nordost, der IHK, dem Verein „Greifswalder Innenstadt“, der Obersten Landungsplanungsbehörde, dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern sowie den Vorsitzenden der Ausschüsse für Bauwesen, Infrastruktur, Umwelt und öffentliche Ordnung sowie für Wirtschaft, Tourismus und Kultur zusammen.

Herr Wilde erläutert weiterhin, dass der Auftrag zur Fortschreibung des Greifswalder Einzelhandelskonzeptes im März 2018 an das Dortmunder Büro Junker + Kruse (Stadtforschung, Planung) erteilt wurde. In der begleitenden Lenkungsgruppe wurden die Analyseergebnisse besprochen, um einen effizienten und zügigen Abschluss des Projektes zu erreichen. In der aktuellen Sitzung werden die Ergebnisse vorgestellt. Die anschließende Diskussion dient dazu, die Anregungen der Ausschussmitglieder in die weitere Erarbeitung des Konzeptes einfließen zu lassen. Es ist beabsichtigt, eine entsprechende Beschlussvorlage in die erste Bürgerschaftssitzung des neuen Jahres einzubringen.

Herr Kruse vom beauftragten Planungsbüro Junker + Partner stellt die Konzeption mittels einer PowerPoint-Präsentation ausführlich vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt. Er betont, dass es in Greifswald kein quantitatives Einzelhandelsproblem gebe. Die Innenstadt biete eine sehr gute Ausgangssituation für den Einzelhandel ohne nennenswerte Leerstandsprobleme. In Greifswald könnten Einzelhandelsstandorte untereinander jedoch nur gut funktionieren, wenn sie sich ergänzen, ohne in einen gegenseitigen Verdrängungswettbewerb zu treten. Oberstes Ziel für die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes müsse es daher sein, ein attraktives Einzelhandelsangebot sicherzustellen, das nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ attraktiv sei. Die Innenstadt fungiere dabei als Greifswalds „Visitenkarte“ nach außen und nach innen.

Zum Innenstadtbereich wird die Verkaufsfläche „Gleis 4“ als wichtiger Baustein mit ergänzender Funktion hervorgehoben. Weiterhin bestehe der Vorteil der Innenstadt nicht nur in ihrem Einzelhandelsbereich (Lange Straße im Wesentlichen), sondern darüber hinaus in ihrer Abgrenzung durch die Wallanlagen, den Bereich der Gastronomie, die Vielfalt unterschiedlicher Nutzungen sowie in der Funktionsvielfalt in den zentralen Versorgungsebenen. Herr Kruse schlägt vor, zukünftig die bessere Anbindung des Hafengebietes über die Steinbecker Straße zu forcieren und damit eine „Tiefe“ in Richtung Norden zu erlangen. Eine funktionale Ergänzung des Innenstadtangebotes sei im Sinne des Konzeptes wünschenswert.

Herr Leithold bedankt sich bei Herrn Kruse für den umfangreichen und informativen Vortrag. In der folgenden Gesprächsrunde werden u. a. Anmerkungen und Fragen hinsichtlich einer notwendigen Verkehrswende, der Berücksichtigung bereits geplanter Wohngebiete, moderner Marketingregeln und innenstadtrelevanter Sortimente diskutiert.

Diskussion:

Herr Rose fragt nach der Erreichbarkeit mit dem Auto und inwiefern die Verkehrswendethematik in die Fortschreibung der Einzelhandelskonzeption eingeflossen sei.

Herr Kruse antwortet, dass dieser Umstand nicht miteingeflossen ist, da der Zeithorizont für das Konzept bei 5 - 6 Jahren liegt.

Herr Rodatos fragt, inwiefern weitere, bereits geplante Wohngebiete bei der Konzeption berücksichtigt wurden.

Herr Kruse antwortet, dass die Ausweisung zukünftiger Wohngebiete nicht berücksichtigt wurde, da diese mit wenigen hundert Einwohnern nicht relevant sei.

Herr Wilde ergänzt, dass die entsprechenden Informationen seitens der Stadtverwaltung an das Planungsbüro weitergegeben wurden und somit auch Einfluss in die Konzeption fanden. Er erklärt die Zusammenhänge zu anderen Konzepten der informellen Planung. So sei bspw. die Gemeinde Neuenkirchen am Prozess für die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes beteiligt und der Einzelhandelsstandort Neuenkirchen somit auch mitbeachtet worden.

Es wird weiter gefragt, welches Sortiment innenstadtrelevant ist und wie scharf man dies vorgeben könne.

Antwort: Im Grunde genommen sind alle Sortimente innenstadtrelevant. Die Grenzen seien in der Vergangenheit immer mehr verschwommen. Herr Kruse, Planungsbüro Junker + Partner, weist darauf hin, dass die Stadt im Grunde genommen selbst festlege und festlegen könne, welche Sortimente als innenstadtrelevant betrachtet werden.

Es wird gefragt, ob moderne Marketingregeln im Rahmen der Einzelhandelskonzeption mitbeachtet wurden.

Antwort: Fragen des Marketings wurden nicht berücksichtigt, dazu wäre ein Marketingkonzept zu erstellen. Dies wäre in einem Schritt drei oder vier möglich.

Frau Duschek fragt nach, welche Vorschläge es gibt, um den Lehrstand am Einzelhandelsstandort Ostseevierviertel zu beheben.

Herr Kruse antwortet, dass das vorliegende Einzelhandelskonzept nur Rahmenbedingungen setze. Planungen im Einzelfall und weitere Einwirkungen auf einzelne Standorte, z. B. durch Satzungen, liegen in der Verantwortung der Stadt.

Herr Rose erkundigt sich, inwiefern e-Commerce-Ansätze im Rahmen der Einzelhandelskonzeption beachtet wurden.

Herr Kruse erklärt, dass e-Commerce in vielen Bereichen noch in den Kinderschuhen stecke. Entsprechende Ansätze wurden zwar mitgedacht, fanden aber keine wesentliche Beachtung bei der Erstellung der Konzeption.

Herr Madjarov stellt eine Verständnisfrage bezüglich der genannten Versorgungsbegriffe. Er erkundigt sich darüber hinaus nach dem Umgang mit möglichen Sortiments-Ausschlüssen.

Herr Kruse erklärt, dass eine solche Steuerung nur über B-Pläne möglich sei. Eine Überprüfbarkeit sei zudem schwierig.

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Die gemeinsame Diskussion der Ausschüsse zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes ist um 19.10 Uhr beendet.

Die Mitglieder der beiden Ausschüsse verständigen sich darauf, die Vorstellung des Haushaltsentwurfes für die Haushaltsjahre 2019/20 durch Herrn Maas gemeinsam anzuhören. Die Diskussion des Haushaltsentwurfes soll getrennt in den Ausschüssen erfolgen.

Es folgt die Vorstellung des Haushaltsentwurfes für die Jahre 2019/20 durch Herrn Maas (siehe Ausführungen unter Top 7.1.). Die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung kehren um 19.45 Uhr in den Senatssaal zurück und setzen ihre Beratung mit Top 5. fort.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Wölk, nimmt seit 19.15 Uhr an der Sitzung teil und übernimmt ab Top 5. die Sitzungsleitung.

TOP 5. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

–

TOP 6. Beschlusskontrolle

TOP 6.1. Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft

06/1461.1
B734-28/18

Herr Kremer erläutert den Stand der Dinge. Es ist unklar, in welcher Struktur die Greifswalder Agrarinitiative fortgeführt wird. Die dazu notwendigen finanziellen Aufwendungen sind noch nicht geklärt.

Herr Lange informiert aus der Sitzung der Greifswalder Agrarinitiative am 05.11.2018, an der er als Vertreter des Bauausschusses teilgenommen hat. Zur zukünftigen Struktur der Greifswalder Agrarinitiative wurde auf der Sitzung die Idee einer Vereinsgründung diskutiert. Dabei wurde jedoch keine Einigkeit hergestellt. Unklar geblieben ist die Frage nach der Vorstandsbesetzung eines möglichen Vereines.

Herr Bittner erkundigt sich, wie viele städtische Pächter die Kooperationsvereinbarung bisher unterschrieben haben und wie viel Prozent der Pachtfläche aktuell unter die Kooperationsvereinbarung fallen. Er erkundigt sich zudem nach dem Rücklauf bei den Antworten.

Herr Kremer führt aus, dass 9 von 33 städtischen Pächtern die Kooperationsvereinbarung unterschrieben haben. Von weiteren Pächtern gab Nachfragen zur Kooperationsvereinbarung. Um diese zu beantworten, findet eine Informationsveranstaltung für die städtischen Pächter Ende November statt. Zum Anteil der aktuell unter die Kooperationsvereinbarung fallenden städtischen Pachtflächen liegt keine aussagekräftige Information vor.

TOP 6.2. Prüfauftrag zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße

06/1379
B711-27/18

Frau von Busse berichtet, dass noch keine Prüfergebnisse vorliegen. Es gibt keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

TOP 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 7.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020

06/1654

Die Vorstellung der Haushaltssatzung durch Herrn Maas wird unter Top 4. vorgenommen und findet gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur im Bürgerschaftssaal statt.

Die Präsentation liegt dem Protokoll als **Anlage 2** bei.

Herr Leithold, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur, informiert darüber, dass zwei Nachreichungen zur Haushaltssatzung vorliegen: die „Begründung Stellenzugang“ der Verwaltung per E-Mail und eine Stellungnahme des Unternehmerverbandes Vorpommern zur Haushaltssatzung, ebenfalls per E-Mail.

Herr Maas stellt mittels einer PowerPoint-Präsentation die Eckpunkte des Doppelhaushaltes 2019/20 vor. Er informiert, dass der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 12.11.2018 beschlossen hat, am 03.12.2018 eine Sondersitzung zum Haushalt durchzuführen, um Details sowie die Veränderungslisten zu diskutieren. Darüber hinaus geht er ausführlich auf den Stellenzugang 2019 ein und informiert im weiteren Verlauf der Präsentation über die Auswirkungen der geänderten Kreisumlage.

Diskussion:

Im Rahmen der folgenden Diskussion werden diverse Fragen zur Finanzierung geplanter Projekte gestellt und beantwortet.

Frau Wolter kritisiert die geplante Erhöhung der Gewerbesteuer und möchte Informationen zu alternativen Sparmaßnahmen im Haushalt.

Herr Maas betont, dass alternative Anregungen der Verwaltung zur Erwirtschaftung

weiterer Erträge, z. B. durch die maßvolle Erhöhung der Kleingartenpachten, durch die Bürgerschaft verwehrt wurden. Bei den Einnahmen sei die Stadt von den Zuwendungen des Landes abhängig, so dass die Veränderung der Hebesätze bei den verschiedenen Steuern als einzige Möglichkeit verbleibe, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Herr Wulff regt an, dass es für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker hilfreich wäre, eine Liste von Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes etwa in Form eines Haushaltssicherungskonzeptes zu erhalten.

Herr Seiffert schlägt vor, Bauprojekte, die teurer als geplant werden, noch einmal auf ihre Umsetzung zu prüfen.

Herr Maas nimmt in diesem Zusammenhang Stellung zu den Investitionsprojekten und erläutert dabei die zeitlichen Bindungen der Projekte aufgrund von Fördermittelzusagen.

Nach Beendigung der Diskussion stellt Herr Leithold den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus die Frage, ob eine Sondersitzung zum Haushalt gewünscht wird.

Abstimmung der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur über eine gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss zur Haushaltssatzung:

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Abstimmung der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur über eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses zur Haushaltssatzung:

3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur wünschen eine gemeinsame 2. Lesung der Haushaltssatzung am 03.12.2018 mit dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen.

Die Mitglieder des Bauausschusses wechseln um 19.45 Uhr in den Senatssaal und führen die Diskussion zum Haushalt weiter.

Diskussion:

Frau Görs fragt nach, ob die benötigten 120.000,- Euro für die Gestaltung barrierefreier Bushaltestellen im Haushalt 2019/20 enthalten seien.

Herr Maas führt aus, dass es sich hierbei nicht um Investitionen handle und dass der Betrag im Aufwand verbucht bzw. eingeplant sei.

Herr Bittner erkundigt sich nach dem Rücklagenzuwachs und möchte weitere Informationen über die Tilgung und die Laufzeiten der Kredite.

Herr Maaß antwortet, dass sich diese aus den Krediten ergibt, die aber zunächst beschlossen werden müssten. Die Laufzeiten der Kredite seien vom Kreditgeber abhängig.

Herr Bittner erkundigt sich nach der Entwicklung der Gewerbesteuer in den vergangenen Jahren.

Herr Maas führt dazu aus, dass im Jahr 2014 eine Gewerbesteuererhöhung von 400 auf

425 Basispunkte vorgenommen wurde.

Herr Rappen fragt nach der Werterhaltung der Gebäude und Straßen sowie nach den Personalstellen im Bauamt.

Hierzu stellt Herr Maas dar, dass es bei den Gebäuden Kürzungen geben werde. Zu den Straßen sei derzeit keine Aussage möglich.

Zu den Personalstellen im Bauamt wird es eine schriftliche Erklärung geben.

Frau Görs erkundigt sich nach den benötigten Geldern für die Grafitti-Bekämpfung und kündigt eine schriftliche Anfrage dazu an.

Nach Beendigung der Diskussion beantragt Herr Kruse die Nichtabstimmung der Haushaltssatzung.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Die Vorlage wird nicht abgestimmt.

TOP 7.2. Beschluss zur Errichtung eines „Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich“ aus Grundschule, Regionaler Schule, Sporthalle und Hort

06/1650.1

Frau Felkl bringt ein die Vorlage ein und stellt die Notwendigkeit eines Schulzentrums anhand der aktuellen Schülerzahlen und der Schulentwicklungsplanung vor. Die entsprechende Präsentation liegt dem Protokoll als **Anlage 3** bei.

Diskussion:

Herr Bittner merkt an, dass es bereits einen Beschluss gibt. Die Varianten 2 und 3 in der Vorlage seien damit bereits ausgeschlossen. Die Varianten 4 und 5 liegen finanziell nahe beieinander und es gebe sogar noch eine 2-Feld-Sporthalle dazu. Er befürwortet das Projekt.

Herr Rappen spricht sich gegen die Varianten 4 und 5 aus und moniert die hohen Kosten. Er fragt, in welchem Umfang eine Doppelnutzung von Hort und Schule stattfinden soll und ob diese noch ausbaufähig ist. Dazu merkt er weiterhin an, dass die Stadt den Hort nicht zwingend selbst betreiben müsse und fragt nach, ob entsprechende Überlegungen bereits vorgenommen wurden.

Er möchte zudem genauere Informationen zum geplanten Anbau der CDF-Schule bezüglich Umfang und Kosten haben. Und schlägt vor, dass die benötigte Regionalschule hier angegliedert werden könne.

Frau Felkl stellt klar, dass eine Doppelnutzung von Hort und Schule vorgesehen sei. Nähere Informationen dazu können für den Bildungsausschuss vorbereitet werden.

Prinzipiell sei es möglich, dass die Stadt den Hort nicht selbst betreibt, aber die vertraglichen Modalitäten, insbesondere bei einer Doppelnutzung, können sehr komplex werden.

Die Kosten für den Anbau der CDF-Schule werden derzeit neu berechnet.

Herr Rappen fragt außerdem nach den Mehrkosten, die durch den Beschluss zum

nachhaltigen Bauen entstehen, und ob diese am Beispiel der Kollwitz Schule bezifferbar seien.

Herr Kremer erläutert, dass sich die Mehrkosten aufgrund des Beschlusses zum nachhaltigen Bauen auf ca. 2 - 5% belaufen. Abschließend merkt er an, dass die Standortfrage durchaus eine weitere Untersuchung wert sei, vor allem in Bezug auf die Entscheidung des Landkreises zur Beruflichen Schule.

Herr König stellt fest, dass es lange bekannt sei, dass in der Stadt mehr Schulen gebaut werden müssten. Er untermauert seine Aussage mit demographischen Zahlen.

Herr Liedtke stellt eine mögliche Nutzung der Pestalozzischule als alternativen Standort in Frage.

Herr Madjarov merkt an, dass 7-zügige Regionalschulen nicht wünschenswert sind und spricht sich damit für ein Schulzentrum aus. Er wägt die finanziellen gegen die zeitlichen Risiken ab und präferiert Variante 5.

Herr Radicke stellt noch einmal die Frage nach einem alternativen Standort. Herr Kaiser verweist auf die zurückliegenden Diskussionen dahingehend und erklärt, dass die vorgesehene Fläche bebaubar sei. Dies zeige auch ein vor Kurzem erstelltes hydrogeologisches Gutachten.

Frau Görs fragt nach Variante 5 in Verbindung mit einer größeren Sporthalle. Frau Schinkel erläutert, dass eine größere Sporthalle die Förderung beeinflussen würde. Schulsportstätten seien förderfähig, Freizeiteinrichtungen hingegen nicht.

Frau von Busse macht deutlich, dass es sich bei der bisherigen Kommunikation der Zeitschiene um eine Zielstellung handelt. Das Projekt soll in zwei Bauabschnitten realisiert werden. Die Grundschule soll im Jahr 2023 fertiggestellt werden. Anschließend erfolgt der Regionalschulbau.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Durchführung einer gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses mit dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft sowie mit dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen unter der Voraussetzung, dass ein Termin vor der nächsten BS Sitzung gefunden wird:

6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Es wird mehrheitlich eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse zum geplanten Schulzentrum zugestimmt.

Nachtrag zum Protokoll:

Sowohl der Bildungs-, als auch der Finanzausschuss führen keine Sondersitzung zum geplanten Schulzentrum durch.

TOP 7.3. Mittelbewilligung Sanierungsprogramme 2018

06/1609 Frau Schinkel erläutert die Informationsvorlage. Sie weist darauf hin, dass alle beantragten Mittel befürwortet wurden und dass die Sanierung/ der Neubau des Humboldt Gymnasiums verschoben wird.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 7.4. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2019
Prioritätenliste**

06/1618 Frau Schinkel bringt die Vorlage ein und nennt die wesentlichen Punkte.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 7.5. Satzung über die Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1612 Herr Winckler bringt die Vorlage ein und erläutert die Hintergründe.

Herr Dr. Bittner fragt nach dem eigenen Ermessen bei der Verwendung der Mittel.
Herr Winckler antwortet, dass ein Nachweis dennoch zu führen ist.

Abstimmung:

13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 7.6. Gemeindliches Einvernehmen zur Bauvoranfrage – Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Büro, Ernst-Thälmann-Ring 1

06/1629 Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert das Vorhaben.

Herr Lange fragt nach der geplanten Tiefgarage, von der in der Presse zu lesen war.
Herr Kaiser weist darauf hin, dass dies nicht Teil der Bauvoranfrage war und er dazu keine weitere Auskunft geben kann.

Herr Radicke erkundigt sich nach dem Stellplatzbedarf der nahegelegenen Turnhalle.
Dieser müsse berücksichtigt werden.

Herr Kaiser stellt klar, dass die benötigten Stellplätze für das Vorhaben auf dem eigenen Grundstück nachgewiesen werden müssen. 5 Stellplätze seien bei dem geplanten Vorhaben nicht nachweisbar. Dies spreche für die Anlage einer Tiefgarage, widerspreche aber aufgrund der Kosten dem Anliegen, sozialen Wohnungsbau in der Stadt zu fördern.

Herr Bittner weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dem Anliegen einer Durchmischung sozialer Gruppen an diesem Standort eher mit höherpreisigem Wohnungsbau gedient werde.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

TOP 7.7. Gemeindliches Einvernehmen zu den Bauanträgen – Neubau von zwei 5-geschossigen Wohngebäuden an der Karl-Krull-Straße (Haus 1 und 2)

06/1630 Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert kurz den Hintergrund.

Es gibt keine Fragen der Ausschussmitglieder.

Abstimmung:

13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

TOP 7.8. Hausboote auf dem Ryck, Prüfergebnis zum Bürgerschaftsbeschluss B680-25/18 vom 22.02.2018

06/1611 Herr Kaiser erläutert die Informationsvorlage und das Prüfergebnis: Es ist möglich im B-Plan 12 oder ggf. in einer noch zu errichtenden Marina nördlich des Utkieks Hausboote zu errichten, jedoch nicht im Bereich des B-Plans 55.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 7.9. Ergebnis zum Bürgerschaftsbeschluss B623-22/17 vom 05.10.2017 „Schaffung von Parkplätzen vor dem Kindergarten im OT Riems“

06/1655 Herr Kaiser erläutert die Informationsvorlage.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 7.10. Modellbaukommune Greifswald

06/1653 Herr Bittner bringt die Vorlage ein und erläutert das Anliegen, das mit ihr verfolgt wird.

Herr Lange bittet darum, dass die Verwaltung ihre Meinung zu den Auswirkungen der Vorlage darstellt.

Herr Kremer erläutert den zu erwartenden Mehraufwand und weist auf die Problematik für kleine Betriebe hin.

Herr Kaiser erläutert, dass Bauanträge schriftlich einzureichen seien und verweist ebenfalls auf die Problematik für kleine Betriebe.

Es folgt eine intensive Diskussion über das Für und Wider einer Einführung von BIM und die Auswirkungen auf das Baugewerbe. Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die Vorlage nicht abzustimmen und durch den Antragsteller noch einmal überarbeiten zu lassen.

Die Vorlage wird nicht abgestimmt.

Herr Radicke verlässt die Sitzung.

TOP 7.11. Naturwanderweg Dänische Wiek

06/1637

Herr Münzenberg ist als Gast in der Sitzung anwesend und soll die Vorlage für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Forum 17.4 einbringen. Die Ausschussmitglieder erteilen ihm einstimmig Rederecht.

Herr Münzenberg bringt die Vorlage ein und erläutert das Anliegen.

Herr Kaiser stellt einige Nachfragen und äußert seine Bedenken: Der geplante Naturwanderweg könnte sehr stark frequentiert werden, was möglicherweise zu Nutzungskonflikten im Naturschutzgebiet führt.

Herr Kruse teilt die Ansicht von Herrn Kaiser, dass es kontraproduktiv sein kann, zu viele Besucher in das Naturschutzgebiet zu führen. Er spricht sich für die Formulierung der Vorlage als Prüfauftrag aus.

Frau von Busse weist darauf hin, dass sich ein Teil des Weges auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinde Loissin befindet. Sie verweist darüber hinaus auf die Möglichkeit, die Idee des Naturwanderweges im Zusammenhang mit dem Masterplan „Stadtteile an der Dänischen Wiek“ zu diskutieren. Dazu findet am 19.11.2018 eine Veranstaltung im St. Spiritus statt.

Herr Wilde betont, dass das Vorhaben aufgrund der Zuständigkeit auf der Ebene des Landkreises diskutiert werden sollte.

Herr Bittner stimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Forum 17.4 dem Vorschlag von Herrn Kruse zu, die Vorlage bis zur Bürgerschaftssitzung als Prüfauftrag zu formulieren. Unter dieser Maßgabe wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmung als Prüfauftrag:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Vorlage wird als Prüfauftrag einstimmig zugestimmt.

TOP 7.12. Festsetzung des Pachtzins für Kleingartenanlagen

06/1643

Herr Liedtke bringt die Vorlage ein.

Es gibt keine Nachfragen.

Abstimmung:

5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 7.13. Kein Anschlusszwang für Kleingärtner an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung

06/1648 Herr Kruse bringt die Vorlage ein und stellt das Anliegen dar.

06/1673 Herr Lange erläutert den vorliegenden Änderungsantrag der SPD zur Vorlage: Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald appelliert an die Kreistagsmitglieder, der Forderung nach einer Streichung von § 4 Absatz 3 der Satzung des Landkreises Vorpommern-Greifswald über die Abfallentsorgung im Kreistag zuzustimmen.

Es wird über die geänderte Vorlage abgestimmt:

Abstimmung:

5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die geänderte Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

TOP 7.14. Rauchverbot auf Kinderspielplätzen

06/1656 Herr Lange bringt die Vorlage ein.

Herr Liedtke regt an, zusätzlich ein Glas- und Hundeverbot in die Vorlage aufzunehmen. Herr Rappen schlägt vor, auch ein Alkoholverbot aufzunehmen und eine entsprechende Kontrolle umzusetzen.

Herr Lange bittet um die Formulierung von Änderungsanträgen zur Bürgerschaftssitzung, um entsprechende Punkte in die Vorlage aufzunehmen.

Herr Kruse fragt bei der Verwaltung nach der möglichen Gewährleistung dieser Kontrolle.

Frau von Busse erläutert die Probleme bei den Zuständigkeitsfragen in diesem Fall.

Herr Winckler führt aus, dass Zigarettenabfälle grundsätzlich nicht das nötige Gefahrenpotenzial darstellen, um eine entsprechende Rechtsverordnung zu erlassen. Eine Rechtsverordnung sei wiederum notwendig, um Kontrollen sicher zu stellen.

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Kruse verlässt die Sitzung.

TOP 7.15 Erhöhung der Planansätze für die Förderung nachhaltiger Mobilität in der Klimapartnerschaft Greifswald – Pomerode im Haushaltsjahr 2020 im Rahmen der Haushaltsplanung

06/1672 Herr Kaiser bringt die Tischvorlage ein und erläutert kurz den Hintergrund. Es gibt keine Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

TOP 7.16 Planung Straßenausbau im OT Riems, Straße An der Wiek

06/1659 Die Tischvorlage wird nicht weiter erläutert. Es gibt keine Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Abstimmung:

4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Der Vorlage wird zugestimmt.

TOP 8. Informationen der Verwaltung

Am 19.11.2018 findet eine Informationsveranstaltung zum Masterplan „Stadteile an der Dänischen Wiek“ im St. Spiritus statt.

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Rappen fragt nach der Kontrolle des PKW-Verkehrs in der Knopfstraße / an der Kollwitzschule.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Zuständigkeit leider nicht bei der Stadt liege.

Herr Liedtke informiert über den Einfall von Wildschweinen im Ostseevierviertel. Herr Duschek regt an, den Stadtförster zu diesem Thema in die Bürgerschaft einzuladen.

Herr Förste berichtet über die mangelnde Straßenbeleuchtung in der Max-Reimann-Straße 28-30 und über den schlechten Zustand bzw. den dringenden Handlungsbedarf bei der Beleuchtung am Ochsensteg. Der Schulweg ist unsicher.

Frau Wölk erkundigt sich nach der sogenannten Multhauf-Vorlage zum verbilligten Wohnraum.

Frau von Busse stellt dar, dass hierzu noch keine Ergebnisse vorliegen. Sie kündigt eine Präsentation möglicher Handlungsansätze für die kommende Bürgerschaftssitzung an.

TOP 10. Informationen der Ausschussvorsitzenden

--

TOP 11. Sitzungsende

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Wölk, beendet die öffentliche Sitzung um 22:41 Uhr und lässt Nicht-Öffentlichkeit herstellen.

gez.
Dr. Monique Wölk
Ausschussvorsitzende

gez.
Michael Busch
für das Protokoll